

Nr. 10**April 2007**Informationen der CDU-
Gemeinderatsfraktion
KarlsruheRedaktion
Gabriele Luczak-Schwarz
Kerstin RudolphV.i.S.d.P.
Kerstin Rudolph**Sehr geehrte Leserinnen und Leser,**

im August 2006 erklärte der KSC, die zum damaligen Zeitpunkt vorge-sehene und vom Gemeinderat bereits genehmigte Konstruktion aus verschiedenen Gründen nicht mittragen zu können und der geplanten Besitzgesellschaft nicht beizutreten. Daher wurde die Stadtverwal-tung vom Gemeinderat beauftragt zu prüfen, ob bzw. wie die Realisierung des **Umbaus des Wildparkstadions** in Verantwortung der Stadt oder einer städtischen Gesellschaft, also ohne gesellschaftliche Beteiligung des KSC, möglich ist. Darüber hinaus sollte zugleich geprüft werden, ob auch im Wege einer Generalsanierung des jetzi-gen Wildparkstadions eine moderne, zukunftstaugliche Fußballarena geschaffen werden kann.

Nachdem die erforderlichen Prüfungen abgeschlossen waren, stimm-te der Gemeinderat Ende Februar 2007 mit großer Mehrheit für den Verwaltungsvorschlag, das Wildparkstadion durch die Karlsruher Fächer GmbH & Co. Stadtentwicklungs-KG (KFE) zu einem reinen Fußballstadion umbauen zu lassen.

Nach dem Umbau werden in dem Stadion rund 35.000 Zuschauer Platz finden. Das Baubudget beträgt 58 Millionen Euro. Im Vergleich dazu wären bei einer Generalsanierung Kosten in Höhe von 21 Millionen Euro angefallen. Abgesehen davon, dass mit einer Sanierung kaum alle Erwartungen, die heute an eine Fußballarena gestellt werden, hätten erfüllt werden können, hätte sich dann außer-dem die Zuschauerkapazität auf 25.000 reduziert und zusätzliche Erlöspotentiale wären von vornherein ausgeschlossen gewesen.

Die genannten Umbaukosten werden aus einem Landeszuschuss in Höhe von 10 Millionen Euro, einem Zuschuss der Stadt von 30 Millionen Euro und einer Kreditaufnahme der KFE über 18 Millionen Euro finanziert. Das umgebaute Stadion wird anschließend von der KFE an eine noch zu gründende KSC-eigene Betriebsgesellschaft, über die alle das Stadion betreffenden Einnahmen und Ausgaben abge-wickelt werden, verpachtet werden.

Die CDU-Fraktion hält den KSC für einen wichtigen Imagerträger unse-erer Stadt. Die Bürgerinnen und Bürger identifizieren sich mit dem Verein und zwar nicht nur, wenn er - wie jetzt gerade - kurz vor dem Aufstieg in die 1. Bundesliga steht. Um auch künftig Spitzenfußball in Karlsruhe erleben zu können, ist der Umbau des in die Jahre gekom-menen Wildparkstadions für uns daher unabdingbar. Die Stadtver-waltung und die KFE müssen nun die abschließenden Verhandlungen mit den Verantwortlichen des KSC führen, damit der erste Spaten-stich auch tatsächlich nach dem Ende der Saison 2007/2008 stattfin-den kann.

Allerdings steht für die CDU-Fraktion zugleich fest, dass das jetzt vor-liegende Finanzierungs- und Betriebskonzept nicht mehr verhandel-bar ist. Dies bedeutet vor allem, dass eine weitere Erhöhung des städ-

tischen Zuschusses aus unserer Sicht aus-geschlossen ist; insofern ist nun die Schmerzgrenze erreicht. Daher ist der KSC jetzt auch selbst in der Pflicht, die zur Zeit in seinen Finanzplanungen fehlenden 800.000 Euro auszugleichen. Nochmals verhandelt werden muss mit der Deutschen Fußball Liga, die die von Stadt und KSC ausgearbeitete Betriebskon-struktion nicht favorisiert. Da es jedoch in anderen Städten vergleichbare Strukturen gibt, sollte hier letztlich eine Einigung möglich sein.

Die CDU-Fraktion hofft, dass alle offenen Fragen zeitnah beantwortet und mit dem Umbau dann wie geplant begonnen werden kann. Wir sind schon jetzt gespannt auf das „Endprodukt“ und freuen uns dar-auf, mit dem KSC viele sportliche Highlights im neuen Stadion erleben zu dürfen.

Am 27. Februar 2007 hat Oberbürgermeister Heinz Fenrich den **Haushaltsplanentwurf 2007/2008** im Gemeinderat vorgestellt. Als erste Großstadt in Baden-Württemberg hat Karlsruhe dabei seinen Haushalt bereits auf der Basis des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts erstellt und damit die Umstellung von der Kameralistik auf die Doppelte Buchführung in Konten (Doppik) vollzo-gen. Die Doppik soll die Effizienz der Verwaltung verbessern, die kom-munalen Dienstleistungen an konkret definierten Zielvorgaben aus-richten und eine optimalere Steuerung gewährleisten. Oberbürger-meister Fenrich wies in seiner Rede unter anderem auf die stark ver-besserte gesamtwirtschaftliche Lage und die hohen Gewerbesteuer-einnahmen hin, machte zugleich aber darauf aufmerksam, dass die Pro-Kopf-Verschuldung bis Ende 2008 von 727 Euro auf 984 Euro ansteigen wird. Finanzbürgermeisterin Margret Mergen griff dies auf und kritisierte, dass es der Stadt trotz der derzeitigen konjunkturellen Hochphase nicht gelinge, den Schuldenstand weiter zu senken.

Der Gemeinderat wird Mitte Mai 2007 über den Haushalt beraten. Im Vorfeld werden wir uns ausführlich mit den an uns herangetragenen Anliegen und Wünschen - die sicherlich letztlich nicht alle erfüllt wer-den können - beschäftigen und außerdem versuchen, eigene Akzente zu setzen.

Ihr
Wolfram Jäger
Fraktionsvorsitzender

**Fraktionsvorsitzender
Wolfram Jäger**

CDU-Fraktion freut sich auf weitere Verbesserung der Verkehrsverbindung zwischen Universität und Forschungszentrum

In einem Schreiben an Oberbürgermeister Heinz Fenrich hatten sich die CDU-Stadträte Thorsten Ehlgötz, Wolfram Jäger, Bettina Meier-Augenstein und Tilman Pfannkuch für eine Aufwertung der verkehrlichen Verbindung zwischen der Universität Karlsruhe und dem Forschungszentrum in Eggenstein-Leopoldshafen eingesetzt.

„Vor dem Hintergrund, dass sich die Universität und das Forschungszentrum zum Karlsruher Institut für Technologie (KIT) zusammenschließen wollen, halten wir eine bedarfsgerechte und nachhaltige Verbesserung der Verkehrsverbindung zwischen den beiden Einrichtungen für unerlässlich“, schrieben die Stadträte und forderten insbesondere einen „KIT-Fahrradschnellweg“.

OB Fenrich antwortete nun, dass die Verbindung zwischen Universität und Forschungszentrum schon in der Vergangenheit durch verschiedene Maßnahmen aufgewertet worden sei. Beispielsweise gebe es im aktuellen Fahrplan von Montag bis Freitag tagsüber regelmäßige Verbindungen mit der Stadtbahnlinie S 2 und der Buslinie 195. Die Gesamtfahrzeit betrage rund 30 Minuten.

„Um die Möglichkeiten einer direkten Busverbindung auszuloten, sind die Universität Karlsruhe und das Forschungszentrum mit den Verkehrsbetrieben Karlsruhe in intensiven Gesprächen“, so das Stadtoberhaupt weiter. Angedacht sei, zusätzlich zum bestehenden Angebot eine stündliche Pendelbusverbindung, gegebenenfalls nach telefonischer Vorbestellung, mit einer Fahrzeit von 20 Minuten anzubieten.

Die Radwegverbindung, so erläutert OB Heinz Fenrich, sei Bestandteil des Radwegkonzepts. Dieses beinhalte ebenfalls eine Verbindung zwischen Universität/Innenstadt und Forschungszentrum. Die vorgesehene Route werde den Radverkehr von der Engesserstraße auf den Neuen Zirkel und über die bestehende Brücke am Adenauerring zur Linkenheimer Allee und anschließend zum Forschungszentrum leiten.

Da Rückfragen beim Forschungszentrum ergeben hätten, dass auch der Adenauerring von den Mitarbeitern genutzt werde, werde derzeit geprüft, ob hier eine weitere Route angeboten werden soll.

Die CDU-Fraktion sieht dem Ergebnis der Prüfungen nun mit Spannung entgegen und wird sich auch künftig dafür stark machen, dass die Verkehrsverbindung zwischen Universität und Forschungszentrum zeitnah und vor allem bedarfsgerecht ausgebaut wird.

CDU-Fraktion für Beibehaltung der Brötchentaste in Durlach und Mühlburg

Auf Antrag der CDU-Fraktion beschloss der Gemeinderat im Jahr 2005 die versuchsweise Einführung der sogenannten Brötchentaste in Durlach und Mühlburg. Die Brötchentaste ermöglicht es den Kunden, im Bereich von Parkscheinautomaten für 30 Minuten kostenlos zu parken.

Die Auswertung der Versuchsergebnisse nach Ablauf eines Jahres ergab nun, dass die Taste einerseits von der Bevölkerung sehr gut angenommen wird und sich die Anzahl der Kurzzeitparker merklich erhöht hat. Andererseits verzeichnet die Stadtverwaltung insbesondere in Mühlburg aufgrund der hohen Missbrauchsrate erhebliche Einnahmeverluste. Vor allem aus diesem Grund tendiert die Stadtverwaltung dazu, die Brötchentaste künftig nicht mehr anzubieten.

„Die CDU-Fraktion will unbedingt erreichen, dass die Brötchentaste beibehalten wird“, sagte Fraktionsvorsitzender Wolfram Jäger. „Wir wollten mit der Taste bewirken, dass die Kunden ihre Besorgungen häufiger vor Ort erledigen und damit die Geschäftswelt in Durlach und Mühlburg stärken. Dieses Ziel - das zeigen die Zahlen - haben wir offensichtlich erreicht.“ Gerade bei den Geschäftsleuten, aber auch in der Bevölkerung sei die Brötchentaste daher sehr beliebt.

Natürlich ist die CDU-Fraktion über die hohe Missbrauchsrate alles andere als erfreut. „Die Konsequenz daraus kann doch aber nicht die radikale Abschaffung der Brötchentaste sein“, kritisierte Jäger. Vielmehr müsse man Mittel und Wege finden, um den Missbrauch spürbar zu senken.

Die CDU-Fraktion hat deshalb eine umfangreiche Analyse und ergänzende Informationen bei der Stadtverwaltung angefordert und wird sich weiter dafür einsetzen, dass die kundenfreundliche Brötchentaste in den beiden B-Zentren auch künftig erhalten bleibt.

Herzliche Einladung zum Jahresempfang 2007

von
CDU-Gemeinderatsfraktion und CDU-Kreisverband Karlsruhe-Stadt
am

**Dienstag, 3. Juli 2007,
19.30 Uhr**

im Konzerthaus Karlsruhe
Festplatz Karlsruhe

Festredner
Peter Boudgoust
Verwaltungsdirektor des SWR
ab Mai 2007 Intendant des SWR

mit anschließendem Stehempfang



Peter Boudgoust

Wir freuen uns auf Ihren Besuch und die persönlichen Gespräche mit Ihnen!

Karlsruhe diskutiert Leitlinien zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern

In Karlsruhe leben über 40.000 Einwohner mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit, das sind 13,5% der Wohnberechtigten. Nicht dazu gezählt sind die Personen, die neben der deutschen noch eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen und damit ebenfalls einen Migrationshintergrund haben. Das sind 18.770 Personen, so dass in unserer Stadt fast 59.000 Menschen mit einem Migrationshintergrund - 19,7% der Gesamtbevölkerung - leben. Nicht enthalten sind die über 70.000 Heimatvertriebenen, Vertriebenen und Flüchtlinge, die in der Folge des Zweiten Weltkrieges in Karlsruhe eine Heimat gefunden haben.

In der Sitzung des Ausländerbeirates am 14. Februar 2007 wurden Leitlinien zur Integration der aus über 140 Ländern kommenden Zuwanderer vorgestellt. Ziel dieser Leitlinien ist es, Integrationsprozesse in unserer Stadt nachhaltig zu fördern. Die Leitlinien sind in verschiedene Handlungsfelder unterteilt; interkulturelle Öffnung, Sprache, Bildung, Politik und rechtliche Integration sind einige der aufgearbeiteten Themenbereiche.

Für die CDU-Fraktion ist eine erfolgreiche Integration die grundsätzliche Voraussetzung für eine weitere Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland. „Dazu gehört eine positive Einstellung gegenüber unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und die verbindliche Anerkennung und Befolgung des Wertekanons des Grundgesetzes“, sagte Andreas Erlecke, CDU-Sprecher im

Ausländerbeirat. Der Erwerb von Kenntnissen der deutschen Sprache müsse dabei sicherlich das zentrale Anliegen sein.

Alle Institutionen und Organisationen, vor allem aber die Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, sich an der Weiterentwicklung der Leitlinien zu beteiligen und eigene Ideen und Anregungen einzubringen. In den nächsten Monaten lädt die Stadtverwaltung daher zu verschiedenen Stadtteil-Präsentationen ein. Besuchen Sie diese Veranstaltungen und diskutieren Sie mit uns über Integration und die praktische Umsetzung der vorliegenden Leitlinien.

Termine der Stadtteil-Präsentationen:

18. April 2007, 18.30 Uhr:

Südstadt (Kinder- und Jugendtreff, Augartenstraße 21)

2. Mai 2007, 18.00 Uhr:

Universität Karlsruhe (Akad. Auslandsamt, Adenauerring 2)

13. Juni 2007, 19.00 Uhr:

Oststadt (Lutherkirche, Durlacher Allee 23)

21. Juni 2007, 19.00 Uhr:

Oberreut (Weiße Rose, Otto-Wels-Straße 31)

Stellplätze für Grünabfallcontainer auf dem Prüfstand

In seiner Sitzung Anfang März 2007 hat sich der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit erneut mit der Situation der Grünabfallcontainer beschäftigt. Insbesondere bei den im Stadtgebiet vorhandenen unbewachten Stellplätzen gibt es immer wieder Fehleinwürfe, wilde Müllablagerungen und starke Verschmutzungen. Vor allem auch deshalb wurden vor einiger Zeit die Standorte in der Bergwaldsiedlung und in Durlach-Aue aufgegeben. Aus der Bevölkerung gab es zuletzt jedoch verstärkt Bestrebungen, die beiden Container wieder aufzustellen. Da es aber zugleich Bedenken gegen die bisherigen Standorte in der Elsa-Brandström-Straße sowie auf dem Festplatz Aue gab, hat der Ausschuss ent-

schieden, dass das Amt für Abfallwirtschaft zusammen mit dem Stadtamt Durlach nach geeigneten Standorten für die Grünabfallcontainer suchen soll. Ziel solle es dabei sein, dass Grünabfälle von Balkonen und privaten Gärten ohne Störungen der Nachbarschaft abgeliefert werden können. Zugleich müsse sichergestellt sein, dass die Zahl der Fehleinwürfe und wilden Ablagerungen künftig möglichst gering ist.

„Wir gehen davon aus, dass die zuständigen Ämter eine Lösung finden werden, die letztlich alle Bürgerinnen und Bürger im Bergwald und in Durlach-Aue zufrieden stellt“, sagte Gabriele Luczak-Schwarz, umweltpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion.

Kommunale Richtlinien zur Förderung des Wohnungsbaus

Anfrage der Stadträte Wolfram Jäger, Gabriele Luczak-Schwarz und Marianne Krug:

1. Welche Erfahrungen hat die Stadtverwaltung mit den neu gefassten kommunalen Richtlinien zur Förderung des Wohnungsbaus seit März 2006 gemacht?

2. Wie viele Anträge auf Förderung sind seit März 2006 bei der Stadtverwaltung eingegangen? Wie viele Anträge wurden dabei von Ehepaaren, Alleinerziehenden, auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaften gestellt? Wie viele Kinder hatten die Antragsteller jeweils im Schnitt?

3. Wie haben sich die Zahlen unter Ziff. 2 seit März 2006 im Vergleich zu den Vorjahren entwickelt? Konnte erreicht werden, dass insbesondere Familien mit Kindern gefördert werden?

Begründung: In seiner Sitzung am 21. Februar 2006 verabschiedete der Gemeinderat die Neufassung der kommunalen Richtlinien zur Förderung des Wohnungsbaus; diese traten am 1. März 2006 in Kraft. Mit Hilfe der Richtlinien sollte sowohl zu einer ausgewogenen kommunalen Familien- und Sozialpolitik wie auch Siedlungs- und Umweltpolitik beigetragen werden. Vor allem sollten Familien mit Kindern gefördert und beim Erwerb von Wohneigentum oder dem Bau eines Eigenheims unterstützt werden.

Anne-Frank-Schule: Sporthalle

Anfrage der Stadträte Wolfram Jäger und Manfred Bilger:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, die Unterrichtssituation im Fach Sport für die Anne-Frank-Schule zu verbessern?

2. Wie viele Sportstunden müssen regelmäßig in die Sporthalle der Sophie-Scholl-Realschule verlagert werden? Welche Einschränkungen ergeben sich - zum Beispiel aufgrund der Dauer des Fußwegs - für den Sportunterricht der Anne-Frank-Schule? Kommt es vor, dass beim Sportunterricht einer Klasse Wochenstunden gekürzt werden müssen?

Begründung:

Die Anne-Frank-Schule ist eine der größten Grund- und Hauptschulen in Karlsruhe. Da die Sporthalle der Schule für den vorhandenen Bedarf nicht ausreicht, wird der Unterricht zum Teil in der Sporthalle der benachbarten Sophie-Scholl-Realschule abgehalten. Aufgrund von Eigenbedarf und weil im gleichen Gebäude auch die Engelbert-Bohn-Schule untergebracht ist, werden die Ausweichmöglichkeiten für die Anne-Frank-Schule jedoch immer geringer.

CDU-Fraktion besucht die Europäische Schule in der Waldstadt

Bei einem Rundgang über das Gelände der Europäischen Schule erläuterte Direktor Tom Hoyem den Mitgliedern der CDU-Gemeinderatsfraktion zunächst, dass er besonders stolz sei, den Arnold-Brunnen, in dem viele Jahre lang kein Wasser mehr sprudelte, mit Hilfe von Spendengeldern wiederbelebt zu haben.

Die Fraktionsmitglieder informierten sich zudem über den geplanten Mensa-Neubau. Pro Tag, so Hoyem, würden zur Zeit in den alten Räumlichkeiten etwa 600 warme Mahlzeiten ausgegeben. Baubeginn für die neue Mensa werde im Oktober 2007 sein; die Bauzeit werde etwa 14 Monate betragen.



Hoyem wies darauf hin, dass die 1962 gegründete Schule ein großes Einzugsgebiet habe, unter anderem würden auch 55 Jugendliche aus Straßburg die Schule besuchen. Insgesamt unterrichtete man die rund 1.100 Schülerinnen und Schüler in 14 verschiedenen Muttersprachen; die Lehrerinnen und Lehrer stammten aus 26 unterschiedlichen Nationen.

Besonders erfreut zeigten sich die Fraktionsvertreter darüber, dass die Zukunft der Europäischen Schule in Karlsruhe auf Dauer gesichert ist, diese also als Typ I - Schule erhalten bleibt. „Die Europäische Schule ist für unsere Stadt ein bedeutender Standortfaktor“, sagte Fraktionsvorsitzender Wolfram Jäger. Gerade auch im Hinblick auf die Anerkennung der Fridericiana als Elite-Universität ließen sich wichtige Synergieeffekte erzielen.



Fraktionsvorstand im Amt bestätigt

Bei ihrer turnusgemäßen Neuwahl des Fraktionsvorstands zur Hälfte der Wahlperiode hat die CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe ihren bisherigen Vorsitzenden Wolfram Jäger im Amt bestätigt. Auch die beiden Stellvertreterinnen Bettina Meier-Augenstein und Christiane Staab wurden wiedergewählt. Schatzmeister bleibt Manfred Bilger.

In der Riege der Beisitzer gab es ebenfalls keinerlei Veränderungen: Thorsten Ehlgötz, Gabriele Luczak-Schwarz, die zugleich für die

CDU-Fraktion setzt sich für Verkehrliche Verbesserungen im Kanalweg ein

Der Kanalweg in der Nordstadt ist in einem baulich schlechten Zustand und muss daher dringend erneuert werden. Deshalb haben die zuständigen Gremien unter anderem beschlossen, die Radwegsituation zu verbessern und vor allem einen sicheren Fußgängerüberweg im Bereich der Geh- und Radwegverbindung Smiley West/Kentuckyallee zu schaffen. Gerade den Schulweg der Kinder und Jugendlichen würde Letzteres erheblich sicherer machen.

Da mit den vorgesehenen Maßnahmen erst in einiger Zeit begonnen werden kann, wurde in der Gemeinderatssitzung am 27. Februar 2007 die Anbringung einer provisorischen Fußgängerquerung beraten. Insbesondere aus Sicherheitsgründen hält die CDU-Fraktion dies jedoch - ebenso wie die Stadtverwaltung - für nicht sinnvoll.

Da wir aber eine schnelle Verbesserung der jetzigen Situation für erforderlich halten, haben sich die zuständigen Betreuungsstadträte Gabriele Luczak-Schwarz und Rainer Weinbrecht mit folgendem Vorschlag an die Verwaltung gewandt:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob es möglich ist, den im Kanalweg bereits vorhandenen Zebrastreifen um etwa 50 Meter an die oben genannte Stelle zu verlegen.

Die CDU-Fraktion meint, dass mit Hilfe dieser Maßnahme eine kurzfristige Lösung zu erreichen ist und - aufgrund der „Verschiebung“ des gesamten Zebrastreifens, also mit Beleuchtung - die notwendigen Sicherheitsstandards eingehalten werden können.

CDU-Fraktion vor Ort:

Am **Montag, 11. Juni 2007**, besucht die CDU-Fraktion **Knielingen** und informiert sich über die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger.

Sie sind alle herzlich eingeladen, mit uns zu diskutieren.

Uhrzeit und Treffpunkt werden noch bekannt gegeben.

Pressearbeit verantwortlich ist, Tilman Pfannkuch, Rainer Weinbrecht und Ingo Wellenreuther MdB komplettieren den Vorstand auch weiterhin.

„Dass die Fraktion den Vorstand unverändert wiedergewählt hat, ist eine Bestätigung für unsere erfolgreiche Arbeit in den vergangenen Jahren“, sagte Wolfram Jäger. Er freue sich auf die weitere Zusammenarbeit mit allen Fraktionsmitgliedern. Wie bisher werde sich die Fraktion den in unserer Stadt anstehenden Aufgaben und Problemen stellen und verantwortungsvoll nach konstruktiven Lösungen suchen.



Die Stadträtinnen und Stadträte der CDU-Fraktion wünschen Ihnen allen ein frohes Osterfest und eine erholsame Ferienzeit:

Wolfram Jäger
Bettina Meier-Augenstein
Christiane Staab
Manfred Bilger
Thorsten Ehlgötz
Gabriele Luczak-Schwarz
Tilman Pfannkuch

Ingo Wellenreuther MdB
Rainer Weinbrecht
Hubert Buchmüller
Andreas Erlecke
Dr. Klaus Heilgeist
Detlef Hofmann

Dr. Albert Käuflein
Marianne Krug
Sven Maier
Dr. Thomas Müller
Dr. Hans-Jürgen Vogt
Bernhard Weick

